

az ONLINE



Die CVP will in ihrer Initiative die Ehe als «Lebensgemeinschaft von Mann und Frau» im Gesetz verankern. Homosexuelle wehren sich.

Sagen Sie uns Ihre Meinung oder stimmen Sie ab auf www.az.ch.

■ aargauerzeitung.ch
 ■ basellandschaftlichezeitung.ch
 ■ grenchnertagblatt.ch
 ■ langenthalertagblatt.ch
 ■ limmattalerzeitung.ch
 ■ solothurnerzeitung.ch

VIDEO DES TAGES



Rebellenkämpfer Al Windi hat aus Gaddafis Schlafzimmer den Hut des Diktators mitgehen lassen.

Presseschau

Tages-Anzeiger

Libyen Es ist immer dasselbe Ritual. Kaum ist ein Despot gestürzt, warnt eine Armada von vorwiegend westlichen Experten vor apokalyptischen Zuständen in dem gerade befreiten Land. Auch jetzt wieder im Fall Libyens. Vergessen wird dabei, dass noch keine Demokratie über Nacht geboren wurde. Es gehört zum Wesen einer politischen Revolution, dass sie nicht in ein paar Tagen vorbei ist. Grundsätzlich sind die neuen Länder auf einem guten Weg. Fest steht: Die Entwicklungen sind unumkehrbar.

Süddeutsche Zeitung

Strauss-Kahn Dominique Strauss-Kahn wird auf immer mit dem Image leben, einer zu sein, der mit seiner Macht automatisch seine Potenz ins Spiel bringt, der sich nicht unter Kontrolle hat, vor dem Frauen Angst haben, der brutal und auch erpressbar ist. Er wird, wenn er klug ist, nicht mehr in die französische Politik zurückkehren. Denn in die kollektive Netzhaut der öffentlichen Wahrnehmung ist das Bild vom gedemütigten IWF-Chef in Handschellen, mit Tränensäcken und Dreitagebart.

Das Wetter heute

18° 30°



Karikatur zu Libyen



Gastbeitrag zu den unterschiedlichen Folgen der Wechselkursschwankungen

Fair, gerecht – für wen?

■ **DIE WELT IST AUS DEN FUGEN** geraten. Diesen Eindruck muss man haben, wenn man nicht nur die Krisenkaskade der letzten Jahre, sondern vor allem auch die Entwicklungen der letzten Wochen betrachtet. Ein in ungeahnter Wucht aufgewerteter Schweizer Franken, ein unaufhaltsam sinkender Euro und ein geradezu ins Bodenlose stürzender Dollar. Ein Begriff, der immer wieder auftaucht, ist der des «fairen Wechselkurses» – und damit verbunden die Klage, der gegenwärtige Frankenkurs sei «unfair».

DIE ÖKONOMIE SELBST spricht von gleichgewichtigen Wechselkursen, welche die realen volkswirtschaftlichen Gegebenheiten unterschiedlicher Länder widerspiegelt. Weil es jedoch unterschiedliche Berechnungsmethoden gibt – die Berücksichtigung der Kaufkraft, der Produktivität oder auch der Aussenhandelspositionen –, bleibt dieser Gleichgewichtskurs eine Schätzung. Das Attribut «fair» erhalten solche Wechselkurse primär durch die Politik und diese bezeichnet es denn auch als «unfair», wenn etwas aus dem Gleichgewicht geraten ist.

SO IST ES ANGEBLICH UNFAIR, dass unsere Exportunternehmen ihre Produkte, die zu Schweizer Löhnen gefertigt beziehungsweise veredelt wurden, nicht zu einem angemessenen Preis im Ausland verkaufen können. Es ist auch unfair, dass unsere Tourismusdestinationen für viele ausländische Gäste aus den Reiseplänen gestrichen werden. Und es ist unfair, dass Importeure die Wechselkursgewinne nicht an die Konsumenten weitergeben.

SEHR WILLKOMMEN, aber letztlich genauso unfair, ist unser derzeitiges Privileg, im grenznahen Ausland Lebensmittel, Möbel, Elektronik und vieles mehr billiger einkaufen zu können. Nicht zuletzt hat uns der harte Schweizer Franken günstige Sommerferien im Euroraum beschert.



Katja Gentinetta

Die promovierte Philosophin ist Autorin, Gesprächsleiterin der «Sternstunde Philosophie» am Schweizer Fernsehen und Lehrbeauftragte an der Hochschule St. Gallen.

AUSGLEICHENDE GERECHTIGKEIT also? Unfairness clever kompensiert? Klar ist: Was für den einen ein Schnäppchen, ist für den andern möglicherweise die Existenz. Gerechtigkeit ist immer auch eine Frage des Standpunkts. Selbst der kluge und in gesellschaftlichen Fragen sehr präzise Lord Dahrendorf nahm das Gefühl der Ungerechtigkeit ernst, vom Begriff der Gerechtigkeit aber wollte er nichts wissen. Denn ob wir darunter «jedem das Seine» oder «jedem das Gleiche» verstehen, hängt wesentlich davon ab, ob unser Leben eine Glückssträhne ist oder wir zu den Pechvögeln gehören. Gerecht ist, was uns zusteht!

JOHN RAWLS HAT in seiner Konzeption der «Gerechtigkeit als Fairness» darzulegen versucht, was wir unter Gerechtigkeit verstehen und wie wir sie «herstellen» können. Unter «gerecht» versteht er vereinfacht das, was aufgrund verlässlicher Spielregeln, die zum Vornherein für alle Beteiligten klar sind, zustande kommt, einschliesslich nachträglicher Korrekturen zugunsten der Schwächsten, sofern diese nieman-

des Handlungs- und Entscheidungsfreiheit einschränken. Schon das macht – etwa mit Blick auf die Umverteilung via Steuern – durchaus Sinn: Helfen wir den Schwächsten, aber bremsen wir damit nicht die Stärkeren.

WIE ABER, DIES DIE logische Anschlussfrage, kommen die Spielregeln, die für uns alle gelten sollen, zustande? Rawls hat hierfür eine bemerkenswerte Versuchsanlage skizziert. Stellen wir uns vor, wir sitzen alle hinter einem «Schleier der Unwissenheit», haben also keinerlei Vorstellung von unseren Talenten, glücklichen Umständen oder auch Schwächen. In Unkenntnis unserer Eigeninteressen formulieren wir dann Grundregeln des Zusammenlebens, denen alle zustimmen können, weil Privilegien ausgeschlossen und Chancengleichheit garantiert sind.

NUN LEBEN WIR weder in einer idealen Welt noch unter Bedingungen eines Denkmodells. Die Akteure auf den Devisenmärkten verfolgen ihre eigenen Interessen. Regulierungsbehörden entscheiden aufgrund vorläufigen Wissens, und ihre Entscheidung werden weitere Verhaltensanpassungen nach sich ziehen. Ob Wechselkurse fair sind, ist letztlich eine Ermessensfrage. Deshalb können auch staatliche Interventionen nie allen gerecht werden.

SO IST ES AUCH mit der Gerechtigkeit: Niemand kann sie vollumfänglich garantieren. Sie bleibt immer Resultat des gemeinsamen Erwägens, Aushandelns und fortlaufenden Anpassens.

Die az-Gastautoren

Pirmin Bischof, CVP-Nationalrat (SO)
 Christine Egerszegi, FDP-Ständerätin (AG)
Katja Gentinetta, politische Philosophin (AG)
 Maya Graf, GPS-Nationalrätin (BL)
 Lukas Reimann, SVP-Nationalrat (SG)
 Iwan Rickenbacher, Politberater (CVP)
 Peter Rothenbühler, Direktionsmitglied, Edipresse
 Oswald Sigg, ehemaliger Bundesratssprecher
 Cécil Wermuth, Vizepräsident SP Schweiz (AG)

Kommentar

von Gieri Caveltly



Zur Nomination Michael Laubers als Bundesanwalt

Klares Zeichen

■ In der Causa Erwin Beyeler hat sich die Gerichtskommission des Parlaments nicht mit Ruhm bekleckert: Das Gremium empfahl den Bundesanwalt zur Wiederwahl – doch niemand verteidigte ihn, als er im Ratssaal mit der überzogenen Kritik seiner Gegner überschüttet und darauf in die Wüste geschickt wurde. Auch bei der Suche nach dem Nachfolger hat sich das Gremium zunächst einmal für die einfache Tour entschieden: Es verwundert, dass für dieses wichtige Amt kein Assessment gibt.

Immerhin – indem die Kommission Michael Lauber einstimmig zur Wahl empfiehlt, macht sie klar: Dieses Mal steht man hinter dem Kandidaten. Auch ist es klug, dass ein Neuanfang angestrebt wird. Einem internen Bewerber hätte die SVP stets dessen Beziehungen zu Beyeler vorgehalten; das hätte die Arbeit erschwert. Und wer den stellvertretenden Bundesanwalt Ruedi Montanari unlängst in der «Arena» des Schweizer Fernsehens gesehen hat, erkannte zumindest in einem Punkt effektiv einen Wiedergänger Beyelers: Zu sehen war ein weinerlicher, kommunikativ unbegabter Technokrat.

Vom Werdegang her ist Michael Lauber prima vista gewiss geeignet. In jedem Fall aber bringt er das kommunikative Rüstzeug mit, das man bei Beyeler vermisst hat: Seine Kandidatur lancierte Lauber per Sonntagspresse. Ganz unbekümmert empfahl er sich mit den Worten: «Die Wirtschaftskriminalität muss international effizienter bekämpft werden. Das braucht bei allen vertieftes Verständnis dafür, wie die Finanzwelt funktioniert.» Das klingt doch schon einmal gut.

gieri.caveltly@azmedien.ch